Zeitschrift: Schweizerische Bauzeitung
Herausgeber: Verlags-AG der akademischen technischen Vereine
Band: 93 (1975)
Heft: 4: Bauwirtschaft heute und morgen: Umwelttechnik am Beispiel

Artikel: Die Bauwirtschaft im politischen Spannungsfeld
Autor: Jauslin, W.
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-72662

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Die Bauwirtschaft im politischen Spannungsfeld

Von **W. Jauslin**, Muttenz[1])

DK 69:338

Das Bild der Bauwirtschaft in der Öffentlichkeit

Man darf füglich behaupten, die Bauwirtschaft sei der Prügelknabe der bisherigen Konjunkturlenkungsmassnahmen des Bundes. Die Bauwirtschaft wurde nicht nur von den allgemeinen Kreditrestriktionen betroffen, sie wurde gleichzeitig speziellen Baubeschlüssen (1964, 1971, 1972) unterstellt. Darüber hinaus wurde die Bauwirtschaft – zumindest gefühlsmässig – auch für das Mieterproblem verantwortlich gemacht, das zur Initiative «Recht auf Wohnung» und zu den Mieterschutzmassnahmen geführt hat.

Warum dies alles? Warum diese Sonderstellung?

Zentrale Bedeutung der Bauwirtschaft

«Die Bauwirtschaft stellt die öffentliche und private Infrastruktur im weitesten Sinne bereit und spielt somit im wachstumpolitisch zentralen Investitionsbereich eine entscheidende Rolle», schrieb der Bundesrat in der Begründung zum Baubeschluss vom Juni 1971. Tatsächlich erfordern Verkehr, Ausbildung, Wasser-, Abwasser- und Energieversorgung, Ausbau der Sicherheit sowohl gegen Naturkatastrophen als auch gegen menschliches Versagen in Krisen und Krieg, aber auch Produktionseinrichtungen, Verkaufs- und Verwaltungsbetriebe immer bauliche Anlagen. Vorweg darf deshalb festgestellt werden, dass ohne eine gewaltige Leistung der Bauwirtschaft auch der imposante wirtschaftliche Aufschwung in unserem Lande nicht möglich gewesen wäre. Selbst in der Botschaft des Bundesrates zum Baubeschluss 1972 findet sich die Feststellung:

«Die bei annähernd gleichbleibender Beschäftigtenzahl im Baugewerbe erzielte Leistungssteigerung deutet auf eine beachtenswerte Produktivitätszunahme hin. Vergleiche mit der ausländischen Bauwirtschaft bestätigen, dass die Projektierung und Ausführung von Bauten in der Schweiz bezüglich Qualität und Produktivität ein sehr hohes Niveau erreichen. Insgesamt hat in der Bauwirtschaft die Kapitalintensität und Spezialisierung in den letzten Jahren beträchtlich zugenommen.»

Die Bauwirtschaft ist der ihr zukommenden zentralen Bedeutung durchaus gerecht geworden. Sie hat die an sie gestellten Anforderungen leistungsmässig erfüllt.

Heute könnte man allerdings beim Lesen gewisser Kommentare meinen, die Bauwirtschaft habe sich für sich allein, unbedacht und aus eigenem Antrieb zur heutigen Bedeutung entwickelt. Das ist keineswegs der Fall. Die Bauwirtschaft hat in erster Linie eine ihr gestellte Aufgabe erfüllt.

Selbst wenn man mit dem vielzitierten *Bruttosozialprodukt* (BSP) operiert, sieht man, dass die Entwicklung der Bauwirtschaft durchaus gleichartig wie die der Gesamtwirtschaft verlief. In den Jahren 1964 und 1972 machten die baulichen Investitionen ungefähr einen Fünftel des BSP aus. In den dazwischenliegenden Jahren und wiederum seit 1972 nahm ihr Anteil ab (1968 auf rund 1/6). Obwohl diese Werte um einen Mittelwert pendeln, der proportional zum BSP verläuft, nahm man die nach langsameren Entwicklungen erfolgenden Wiederanstiege zum Anlass, von einem überproportionellen Ansteigen zu sprechen und Baubeschlüsse zu erlassen.

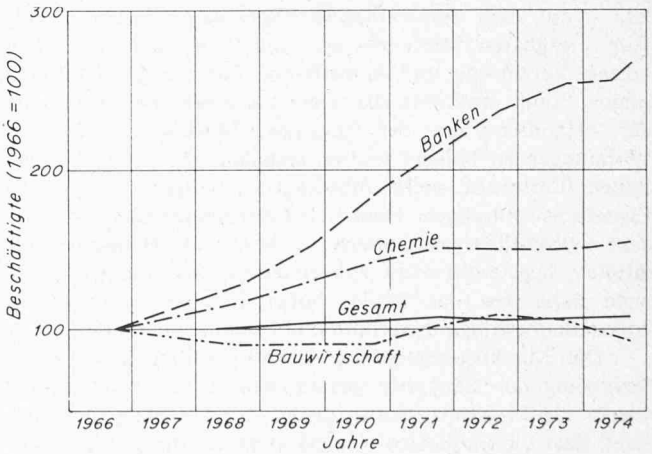
[1]) Vortrag, gehalten anlässlich der SIA-Tagung «Bauwirtschaft heute und morgen» vom 23. und 24. Januar 1975 in Engelberg, veranstaltet von der SIA-Fachgruppe für industrielles Bauen im Hoch- und Tiefbau.

Interessant sind die Zahlen der *Beschäftigten*. Für 1965 wurde in einem Bericht festgestellt, dass insgesamt für das engere Baugewerbe und das Baunebengewerbe direkt und indirekt 450000 bis 500000 Personen tätig seien. Zum engeren Baugewerbe werden etwa 285000 gezählt. Diese Zahl hat sich seither kaum mehr verändert. Sie machte damals 1/5, heute etwa 1/6 aller Erwerbstätigen aus. Seit 1973 ist die Zahl stark rückläufig.

Vergleichsweise sind in der übrigen Industrie gegen die doppelte und im Dienstleistungssektor, der in den letzten Jahren den stärksten Zuwachs aufwies, gegen die dreifache Zahl von Leuten beschäftigt. Ganz entgegen der landläufigen Meinung hat sich die Bauwirtschaft seit Mitte der sechziger Jahre nicht ausgedehnt, sondern nur ihre Produktivität erhöht! Wohl sind nahezu die Hälfte der im Bauwesen Beschäftigten Ausländer. Sie umfassen etwa 1/3 aller kontrollpflichtigen Ausländer. Aber der überwiegende Teil, etwa 80%, sind Saisonniers, Leute, die unseren Staat und unsere Wirtschaft nur wenig belasten. Jahresaufenthalter und Grenzgänger bevorzugen attraktivere Tätigkeiten in anderen Branchen. Dies ist ein deutlicher Hinweis darauf, dass im Baugewerbe keineswegs – wie etwa behauptet wurde – überhöhte Löhne bezahlt wurden.

Die Bauwirtschaft hat also nur in ihrer Tätigkeit, nicht etwa in ihrem Umfang, eine zentrale Bedeutung. In unserem nationalen Haushalt beansprucht sie – sowohl hinsichtlich Beschäftigtenzahl als auch hinsichtlich Umsatz – nur einen Sechstel bis einen Fünftel. Jedenfalls sind ihre Leistungen Folgen und nicht Ursachen konjunktureller Änderungen. Wenn die Rolle der Bauwirtschaft immer wieder überschätzt wird – vor allem, wenn es um negative Gesichtspunkte geht –, so wohl aus zwei Gründen:

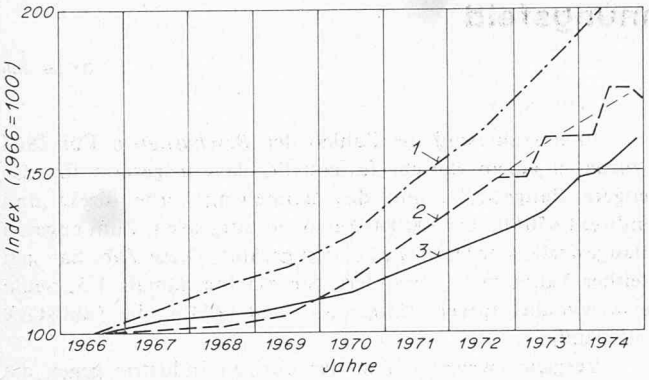
Zum einen findet das Bauen in der Öffentlichkeit vor aller Augen statt, nicht in geschlossenen Hallen. Zum anderen werden die Investitionen, vor allem die Bauten, in den Budgets und Rechnungen von Gemeinden, Kantonen und im Bund viel deutlicher zur Kenntnis genommen als die laufenden



Vergleich der Anzahl Erwerbstätige in Banken, Chemie, Bauwirtschaft und gesamtschweizerisch

Anzahl Beschäftigte 1970:	Engeres Baugewerbe	285 000
	Banken	60 000
	Chemische Industrie	66 000
	Gesamt	2 996 000

Quelle: Statistisches Jahrbuch der Schweiz und «Die Volkswirtschaft», herausgegeben vom EVD



Vergleich Löhne – Baukosten – Konsumentenindizes
1 Nominalverdienste verunfallter Arbeiter (1966 = 100)
2 Zürcher Baukostenindex (Oktober 1966 = 100)
3 Landesindex der Konsumentenpreise (September 1966 = 100)
Die Durchschnittswerte sind je in Jahresmitte aufgetragen. Quelle: Statistisches Jahrbuch der Schweiz und «Die Volkswirtschaft», herausgegeben vom EVD

Kosten, die Betriebsausgaben. Die Bauvorhaben sind deshalb stärker im Gespräch, und sie bilden ein Thema, in dem jeder Fachmann zu sein glaubt.

Steigende Neuwohnungsmieten werden dem Baugewerbe angelastet

Der Index der Konsumentenpreise, mit dem unsere Teuerung gemessen wird, wurde durch die *Mietzinse* in die Höhe getrieben, weil seit Jahren die zur Indexberechnung herangezogenen Mietkosten stärker stiegen als der Durchschnitt der übrigen erfassten Kosten. Zwar bestreitet niemand, dass die Miete nicht nur von den Baupreisen, sondern auch vom steigenden Komfortanspruch, vom Preis des Baulandes und von den Hypothekarzinsen bestimmt wird. So bedeutet eine Zinssteigerung von einem Satz von 4% vor zehn Jahren, auf über 6% heute, eine Mietverteuerung von über 50%. Zudem zeigte sich immer wieder, dass eine Wohnung mit höherem Komfort trotz entsprechend höheren Mietzinsen besser an den Mann oder an die Frau zu bringen war. Und der Baulandpreis ist ein direktes Abbild der Marktlage. Er richtete sich nach dem «marktmässig vertretbaren» Mietzins oder Wohnungsverkaufswert; der «Händler» – mit dem Sammelbegriff «Spekulant» erfasst – ging vom «tragbaren Mietwert» aus und berechnete über Baukosten, Verzinsung und Amortisation den «tragbaren Landpreis». Somit profitierte zuerst der Landverkäufer und später der «Händler» von der günstigen Marktlage, sofern er Wohnungen zu billigen Preisen erstellen liess. Preisgünstiges Bauen führte also nicht unbedingt zu billigen Mieten oder Eigentumswohnungen. Dass sich Genossenschaften oder andere Selbsthilfeorganisationen so wenig als Bauherren betätigten, liegt wohl nicht zuletzt daran, dass nur professionelle Bauherren das Risiko hoher Landpreise und meist langer Baubewilligungsverfahren auf sich nehmen konnten.

Die Mietkostensteigerung ist also keineswegs mit der Steigerung der Baupreise gleichzusetzen! Selbst der immer wieder als Massstab herangezogene Zürcher Baukostenindex zeigt, dass die Baukosten weniger stark als die Löhne gestiegen sind.

Wenn die Öffentlichkeit trotzdem die Schuld für die Mietzinssteigerung der Bauwirtschaft zur Last legt, so einfach deswegen, weil alle als Spekulanten verschrieenen Architekten, Generalunternehmer, Baugewerbler oder andere Bauträger, die sich als Bauherrschaft oder als Liegenschaftenhändler betätigen, ganz generell der Bauwirtschaft zugerechnet oder gleichgesetzt werden. Es wird kaum je gelingen, hier eine Trennung zwischen Bauen und Handel bewusstzumachen.

Veraltete Voraussetzungen führen zu übersetzten Preisschwankungen

Zwar ist die Bauwirtschaft schon seit Jahrzehnten in der Wandlung vom gewerblichen zum industriellen Denken. «Die technische und wirtschaftliche Entwicklung wird die Verwandtschaft zwischen Bauindustrie und stationärer Industrie in Zukunft noch enger gestalten», schrieben schon vor bald zehn Jahren Baufachleute. Dies mag für die eigentliche Produktion, für die Bauausführung, durchaus gelten. In der ganzen *Auftragsabwicklung* ist man aber noch weit davon entfernt.

Da ist z.B. die vielgehörte Behauptung, man habe zu gewissen Zeiten überhaupt keinen Unternehmer für irgendeinen Bau gefunden! Eine Behauptung, die leider im Baufach selbst von Architekten, Ingenieuren und anerkannten Baufachleuten unbesehen weitergegeben wurde. Nur ganz grob analysiert ergeben sich aber folgende Tatsachen: Man machte eine meist kurzfristige Ausschreibung für ein spezielles Bauwerk (kein Serienprodukt ab Lager!) mit der zusätzlichen Auflage des Baubeginns und des Bauendes! Unter solchen Voraussetzungen hätte man auch keinen Speziallastwagen, keine neue Lokomotive oder kein anderes Industrieprodukt erhalten! Ich konnte immer wieder feststellen, dass bei genügender Vorausplanung und bei Berücksichtigung der jeweiligen Verhältnisse auch für kurzfristige Arbeiten Unternehmer zu finden waren – sogar zu Konkurrenzpreisen! Anderorts z.B. bei Liftbestellungen, bei Werkbestellungen für Stahlprofile trug man den Verhältnissen, den Lieferfristen Rechnung, nicht aber auf dem Bau.

Bleiben wir beim Beispiel *Lieferfristen:* In industriellen Unternehmen wachsen mit steigendem Auftragseingang die Lieferfristen. Um dieser Entwicklung zu begegnen, wird man sich vermehrt auf normierte Produkte festlegen, die Leistung steigern und die gute Marktlage zu Preisanpassungen ausnützen. Im Baugewerbe dagegen sind Lieferfristen unbekannt: Der Unternehmer kann nicht Offerten eingeben, in denen der Baubeginn vom Unternehmer festgelegt wird, denn in den Ausschreibungen sind nicht nur Fertigstellung, sondern auch Beginn terminlich festgehalten. Damit wird eine vernünftige Einstufung eines neuen Auftrages in ein Produktionsprogramm verunmöglicht. Sogar die notwendige Vorbereitung, eine unerlässliche Voraussetzung jeder industriellen Produktion, muss vielfach aus Zeitgründen unterschlagen werden.

Natürlich ist all das überspitzt ausgedrückt. Es gibt Ausnahmen, und gerade die Vorfabrikation zwang zum Umdenken. Aber ganz generell gesehen: Wo hat sich eine Gemeinde vorerst umgesehen, was für ein Schulhaus sie zu welchem Preis wann erhalten könnte? (Ich habe ein Rundschreiben an etwa dreissig grössere Gemeinden gerichtet, um – ohne eigenen Gewinn – auf ein Lausanner Schulbausystem hinzuweisen. Es erfolgte keine echte Reaktion). Oder welcher Bauherr, Bund und andere öffentliche Bauherren eingeschlossen hat Bauten zu gleichen Bedingungen ausgeschrieben, wie dies für maschinelle Einrichtungen üblich ist: mit genügender Zeit von der Publikation bis zur Eingabe und wiederum zwischen Auftragszuschlag und Ausführung?

Die Bauwirtschaft hat sich an diese Usanzen gewöhnt. Nur diejenigen, die vom Auftraggeber, Bauherrn, bis zum ausführenden Unternehmer alle Funktionen selbst übernehmen konnten, hatten andere Voraussetzungen. Oft werden zwar gute Beispiele bekannt. Vielfach aber nur deswegen, weil ein Beteiligter es verstanden hat, gewisse Aspekte über Public-Relations-Leute ins gute Licht zu rücken. Um Missverständnissen vorzubeugen, möchte ich deshalb deutlich festhalten: *Umdenken* ist nötig.

Die Industrialisierung auf Seite der Ausführung ist weit gediehen. Es gilt, den ganzen Auftragsablauf so zu gestalten, dass dazu günstige Voraussetzungen geschaffen werden. Es sind weder neue Strukturen noch andere Organisationsformen erforderlich, wohl aber der Wille, soweit nötig, vom herkömmlichen Denken abzugehen, den gesamten Investitionsablauf als Ganzes zu betrachten und echtes Teamwork *aller* Beteiligter zu fördern.

Leider haben gerade die Baubeschlüsse mitgeholfen, die schlechten Voraussetzungen zu erhalten. Die Beschlüsse wurden im Moment gefällt, da man an die Grenze der Leistungsfähigkeit der handwerklichen Abläufe stiess. Bauherren hätten Kostenvergleiche anstellen, sich nach standardisierten Bauten umsehen und längere Termine in Aussicht nehmen müssen. Daraus wäre ein echter Baumarkt entstanden, wie er die Voraussetzung für rationelles oder industrielles Bauen wäre. Wir hätten deswegen keineswegs monotonere Bauten befürchten müssen.

Leider fehlte das *Vertrauen* in die Bauwirtschaft. Daran sind gerade die veralteten Voraussetzungen mitschuldig: Statt Lieferfristen wählte man steigende Preise als zweifelhafte Steuerfaktoren bei steigendem Bestellungseingang. Die Behörden zogen deshalb die Lenkungsmassnahmen vor und verhinderten damit den Übergang zum industriellen Denken im Bauwesen. Wären die Behörden schon früher dem Druck von Sparmassnahmen wie heute ausgesetzt gewesen, so hätten die Baufachleute in der Verwaltung und in Grossbetrieben nach vernünftigeren Terminen und Kosten trachten müssen. Sie hätten auch Lieferfristen toleriert!

Schlechtes Image der Bauwirtschaft

Mit allen bisher angeführten Hinweisen: ungenügende Information über die tatsächliche Leistung bei gleichem Personalbestand oder über die tatsächlichen Gründe des Mietzinsanstieges, überholte Voraussetzungen für Konkurrenzeingaben und mit anderen Bemerkungen versuchte ich darzulegen, dass die Bauwirtschaft zwar besser ist als ihr Ruf, aber eben doch im Verruf ist. Der gefühlsmässige Eindruck wird noch dadurch verstärkt, dass Leute, die einen rasch erworbenen Wohlstand zur Schau stellen, den sie zwar eher durch Spekulation als durch Leistung «errungen» haben, geradezu als typische Vertreter der Bauwirtschaft bezeichnet werden.

Dieses schlechte Image führte dazu, dass die Alarmzeichen vom starken Rückgang der Bautätigkeit – der sich ja auch auf die anderen Bereiche der Binnenwirtschaft ausdehnen wird – nicht ernsthaft, sondern mit Schadenfreude zur Kenntnis genommen wurden. Selbst ernsthafte Zeitungen nahmen Zuschriften aus dem Baugewerbe, über dessen Sicht der Dinge, nicht auf. Sie taten alle Äusserungen und Hinweise als Eigennutzdenken ab. Aufschlussreich waren vor allem auch die redaktionellen Ausführungen anlässlich der Diskussion der verschiedenen Baubeschlüsse.

Nur so ist zu erklären, dass heute von einer *brüsken* Wendung der wirtschaftlichen Lage gesprochen werden kann. Aus der Sicht der Bauwirtschaft – und auch nach den verfügbaren statistischen Unterlagen – ist keine brüske Änderung der Situation, wohl aber der offiziellen oder der öffentlichen Meinung eingetreten.

Wer sich mit Wohnungsbau beschäftigte, hörte schon vor zwei Jahren von einer starken Zunahme leerstehender Wohnungen. Die Wirtschaftsgewaltigen wollten dies offenbar nicht zur Kenntnis nehmen, dafür spricht man heute plötzlich von zigtausend Leerwohnungen! Auch der Geldmangel der öffentlichen Hand ist nicht überraschend eingetreten. Er war schon lange angekündigt. Fachleute versuchten deshalb im Gewässerschutzgesetz von 1971 auf realistischere Termine hinzuwirken, und der Baumeisterverband verlangte langfristige Investitionsprogramme, die auch eingehalten werden können. Es stellte sich kein Erfolg dieses Bemühens ein. Man nahm die Bauwirtschaft nicht ernst, man traute und vertraute ihr zu wenig. Man machte sie lieber zum Sündenbock.

In Tat und Wahrheit versteht sich das, was von Aussenstehenden unter der Bezeichnung «Bauwirtschaft» zusammengefasst wird, keineswegs als Einheit. Es bestehen zwar in diesem Bereich zahllose Vereine und Verbände. Aber jeder nimmt seine eigenen Teilinteressen wahr. Der boshafte Spruch eines verärgerten Baumannes: «Die Bauwirtschaft hat keinen Vorort und dafür Baubeschlüsse» mag einen berechtigten Kern enthalten: Die gemeinsamen, höheren Interessen der Bauwirtschaft werden nicht herausgearbeitet, nicht erkannt. Sie können deshalb gar nicht wahrgenommen und nach aussen vertreten werden. Behörden und Politiker sehen sich einer unkoordinierten Schar gegenüber, die sie vermeinen manipulieren zu können. Dabei sind die Zusammenhänge und Abhängigkeiten von Bauwirtschaft und anderen Wirtschaftsbereichen unübersichtlich. Die indirekten Folgen von solchen Eingriffen in den Ablauf der Marktwirtschaft müssten besser abgeklärt werden. Dazu müsste sich die «Bauwirtschaft» selbst zusammenfinden. Dann wäre es wohl kaum mehr denkbar, dass man die Befürchtung eines Mittelzuflusses vom Ausland als Begründung für einen Baubeschluss angibt, wie dies geschehen ist. Denn es würde sich zeigen, dass dem Bauwesen keine derartige Sonderstellung zukommt, dass nur ihm allein Beschränkungen, spezielle Vorschriften auferlegt werden müssen.

Die Leistungen der schweizerischen Bauwirtschaft

Als man Mitte der fünfziger Jahre in das gewaltige Projekt des Nationalstrassenbaues einstieg und von den gigantisch anmutenden Kosten sprach, machten Fachleute darauf aufmerksam, dass diese Anstrengungen bescheiden seien, verglichen mit dem, was im *Wohnungsbau* geschehen müsse. Rechnete man mit einigen hundert Millionen Franken pro Jahr für die Nationalstrassen, so konnte man abschätzen, dass für die 20000 bis 30000 jährlich nötigen Wohnungen einige Milliarden Franken investiert werden müssen. Dieses Verhältnis von etwa 1:10 wurde auch in den letzten Jahren durchgehalten, als 80000 Wohnungen mit einem Aufwand von rund 10 Mrd Fr. und Nationalstrassenbauten für rund 1 Mrd Fr. jährlich erstellt wurden! Daneben stiegen aber auch die anderen Bauaufgaben an: Schulbauten wuchsen im Volumen um ein Mehrfaches der Bevölkerungszunahme. Die ganze Infrastruktur: Quartier-, Gemeinde-, Kantonsstrassen; Wasserversorgungsanlagen; Abwasserkanäle und Kläranlagen; Flugplätze, Bahnanlagen, Einrichtungen für Post, Radio, Fernsehen, Telephon; Kraftwerke, Verteilanlagen, Rohrleitungen, Tanklager zur Energieversorgung und vieles mehr wurde so bereitgestellt, wie es unser Land, das Volk, Staat und Privatwirtschaft benötigten und verlangten.

Wenn schon die Zahlen des Wohnungsbaus eindrücklich sind: 20000 Wohnungen 1950, 40000 1960 und je über 80000 in den letzten zwei Jahren, so ist die Gesamtleistung noch eindrücklicher: Der öffentliche Bau stieg im gleichen Umfang wie der Wohnungsbau und auch der übrige Bau nahm zu. Trotz der gewaltigen Zunahme des Wohnungsbaues stieg deshalb sein Anteil am Gesamtbauvolumen nur bescheiden von früher etwa 30% auf zuletzt etwa 40%. Und all das mit einem seit 10 Jahren ungefähr konstanten Personalbestand! Dies drückt eine imposante Produktivitätssteigerung aus, die durchaus mit derjenigen unserer Gesamtindustrie Schritt hält.

Die schweizerische Bauwirtschaft hält aber auch dem Vergleich mit dem Ausland sehr gut stand. Trotz dem beschleunigten Tempo in der Bauproduktion ist die Qualität

der Ausführung sehr hoch. Der Durchschnitt und vor allem die untere Grenze unseres Wohn- oder Ausbaustandards sind hoch. Aber auch Bautempo, Ästhetik und sogar Kosten sind mit denen in anderer Industriestaaten durchaus vergleichbar. Unser Hang zum Perfektionismus hat zwar besondere Anforderungen an alle Bauten gestellt, aber die Bauwirtschaft war ihnen gewachsen. Die Einrichtungen unserer Baustellen, der Baubetriebe überhaupt, zeigen ein entsprechend hohes Mass an maschinellen Arbeitsabläufen. Die Investitionen je Arbeitsplatz dürften im Durchschnitt an die Werte der Industrie herankommen. Die Qualität von Ausführung und Materialaufbereitung ist so hoch, dass höhere Gestehungskosten durch Materialeinsparungen wettgemacht werden können. Bei allen Vergleichen mit dem *Ausland* muss unserem Lebensstandard, aber auch unseren besonderen klimatischen und geographischen Verhältnissen Rechnung getragen werden, denn was andernorts als Sonderleistung betrachtet wird, ist bei uns Normalfall.

Nur wenige Unternehmen bauen auch im Ausland. Das hat verschiedene strukturelle Gründe. Dass z.B. die Exportrisikogarantie nicht für Bauleistungen herangezogen werden kann, ist eines der wesentlichen Hindernisse. Dagegen wurden vielfach Projekte und Bauüberwachungen für grosse Bauinvestitionen in der ganzen Welt von Schweizer Firmen ausgeführt. Auch Sonderverfahren wie Injektionen, Vorspanneinrichtungen, Erdanker, Hubmethoden u.a. wurden von der Schweiz aus ins Ausland exportiert und mit gutem Erfolg vertrieben.

Alles in allem darf sich unsere Bauwirtschaft als stolzen Zweig unserer Wirtschaft betrachten. Sie hat mit der enormen technischen Entwicklung Schritt gehalten und darf sich sowohl mit unseren Industrien als auch mit ausländischer Bauwirtschaft vergleichen. Sie ist zudem das wichtigste Glied unserer Binnenwirtschaft. Ihre Leistungen ermöglichten anderen Branchen eine günstige Entwicklung.

Umgekehrt ist sie aber am stärksten von allen anderen Bereichen abhängig. Sie ist besonders krisenempfindlich, weil sie weder auf Lager produzieren, noch ihren Markt ins Ausland ausdehnen kann. Deshalb verspürte die Bauwirtschaft die Tendenzumkehr in der Wirtschaftslage zuerst und sie hat am stärksten unter den Folgen zu leiden. Gerade weil sie in den vergangenen Jahren die Produktivität für die notwendige Leistung gesteigert hat, wird sie heute stärker betroffen. Wer viel geleistet hat, musste mehr investieren und heute wird er dafür in einem gewissen Sinne bestraft.

Was ist zu tun?

Nach der Statistik sind seit Ende 1972 die Beschäftigungsaussichten und seit Herbst 1973 auch der Beschäftigungsgrad deutlich abgesunken. Baubewilligungen und Baukredite zeigen einen starken *Rückgang*. Dies war zu erwarten, da ein hoher Leerwohnungsbestand den Wohnungsbau, der Geburtenrückgang den Schulhausbau, leere Staatskassen auf allen Stufen die öffentlichen Investitionen zurückgehen lassen. Der übrige Privatbau machte bisher nur etwa ¼ der gesamten Bautätigkeit aus, so dass er auch dann die Lücke nicht füllen könnte, wenn er wesentlich zunehmen würde. Es ist aber auch hier eher ein Rückgang zu erwarten. Dass trotzdem bisher nur wenig Arbeitslose gemeldet werden, zeugt vom Durchhaltewillen und der Flexibilität der Bauwirtschaft. Lange kann sich dieses Bild aber nicht halten, wenn der eingetretenen Wende nicht entgegengetreten wird.

Grundsätzliche Möglichkeiten

Die Binnenwirtschaft, vorab die Bauwirtschaft wird nicht mehr in ihrer vollen Kapazität benötigt. Wir müssen deshalb alle Anstrengungen unternehmen, um *im Ausland oder für das Ausland* arbeiten zu können. Rein technisch ist dies nur für einen kleinen Teil der Bauwirtschaft möglich; vorwiegend für diejenigen Teilbereiche, welche schon bisher im Ausland arbeiteten. Es sollten weitere verwandte Bereiche gefunden werden, wie auch ganz allgemein die Exportindustrie so gefördert werden muss, dass sie freie Kapazitäten auslasten kann. Wir können aber nicht ganze Belegschaften ins Ausland verlegen, sondern wir müssten versuchen, hier in der Schweiz für das Ausland zu produzieren. Damit sind die technischen Grenzen gesetzt. Es stellen sich aber zudem grosse wirtschaftspolitische Schwierigkeiten: Unsere Nachbarstaaten leiden bereits unter Arbeitslosigkeit, also ebenfalls unter der gleichen Überkapazität wie wir. Damit bieten diese Gebiete als Märkte wenig Chancen. Zudem sind diese Länder und alle anderen Industrienationen, überall dort, wo wir uns interessieren, eine harte Konkurrenz, meist noch mit billigerer Währung, so dass es schwerhält, neue Märkte zu erschliessen. Trotzdem muss alles versucht werden.

Dazu muss die *Exportrisikogarantie* herangezogen werden können. Unsere Auslandsvertretungen, Botschaften und Konsulate müssen Unterstützung bieten. Erste Voraussetzung dazu wäre aber eine *Koordination* unter den Firmen der Schweizer Bauwirtschaft wenigstens dort, wo sie gleichzeitig als Konkurrenten auftreten. Die Erfahrungen lehren, dass Zusammenschlüsse oder integrierte Interessenvertretung für solche Auftragswerbung wenig Erfolg zeitigen. Dagegen sollte ein gemeinsames Auftreten und koordinierte Aktionen überall dort gesucht werden, wo sich Schweizer geeinten ausländischen Firmen gegenübersehen.

Vermehrt sollte versucht werden, unsere *Entwicklungshilfe durch Leistungen und Lieferungen* zu erbringen, wie dies die meisten anderen Staaten ebenfalls tun. Dies würde

«Angesichts dieser so kritischen Tage
ist wohl mein Antrag nicht übertrieben,
den Bau der geplanten Kläranlage
bis zur Klärung der Lage aufzuschieben.»
(Aus «Nebelspalter», Nr. 46, 1964)

Kapazitäten binden, auch wenn es die Bauwirtschaft nicht selbst betrifft.

Im Sinne des *qualitativen Wachstums* müssen diejenigen Bauaufgaben angepackt werden, welche *Umweltbelastungen* abbauen: Gewässerschutzanlagen, Umfahrungsstrassen; Wärmeverteilnetze für zentrale Heizkraftanlagen, die umweltfreundlicher arbeiten; Ausbau öffentlicher Verkehrsmittel; Recycling- und Abfallverwertungsanlagen; Ausbau der Fernmeldenetze; Sportanlagen; Lärmschutz und dergleichen.

Diese Absicht widerspricht den sogenannten Sparmassnahmen der öffentlichen Hand. Wir müssen uns aber darüber klar werden, dass alle diese Aufgaben weitgehend durch die Zirkulation inländischer Geldmittel gelöst werden können. Vorläufig verdienen noch alle gut – sorgen wir dafür, dass dies weiter so bleibt, damit Steuern bezahlt und andere Kosten der Binnenwirtschaft gedeckt werden können. Die Mittel müssen durch Abgaben und Gebühren z.B. auf Trinkwasser, auf Abfall, auf Energie beschafft werden. Angesichts unseres Pro-Kopf-Einkommens sollte dies durchaus möglich sein.

In allen Bereichen sind *Planungen* weiterzuführen oder anzusetzen: Planungen nicht im Sinne der Landschafts- oder Landesplanung, sondern ganz generell zur Beurteilung der Weiterentwicklung. Daraus sind *langfristige Investitionsprogramme* zu entwickeln, die je nach konjunkturellen Erfordernissen schneller oder langsamer abgewickelt werden können. Die Entwicklung nach dem letzten Kriege hat gezeigt, dass man die Krisenjahre zum Vorantreiben von Zonen- und Regionalplänen hätte nutzen sollen, selbst wenn damals das Verständnis dafür und der Glaube an eine Entwicklung fehlte. Leben heisst wachsen und selbst mit dem falsch bezeichneten Zustand Wachstum Null müssen alle ein Einkommen und ein Lebensziel haben können. Wir müssen uns mit der Entwicklung befassen und auch Projekte wie eine Alpentransversale, den Gotthardbasistunnel, weitertreiben. Wir haben uns in der Hochkonjunktur zu viel von damals vollen Kassen beeindrucken lassen. Wir dürfen nicht wieder in den gleichen Fehler verfallen indem wir uns zu sehr von den jetzt leeren Kassen beeindrucken lassen.

Notwendige Zielzetzungen

1. Wir müssen dafür kämpfen, dass man die Bauwirtschaft ernst nimmt, ihre Leistungen anerkennt und sie gleichwertig neben den anderen Wirtschaftsbereichen wie Landwirtschaft, Uhren-, Maschinen-, Textil-, Papierindustrie, Handel, Tourismus, Energiewirtschaft usw. in die staatspolitischen Überlegungen einbezieht. Dazu müssen wir unsere Anstrengungen koordinieren, hindernde Standesdünkel, zünftlerische oder andere unangebrachte Überlieferungen abbauen und uns bemühen, die höheren gemeinsamen Interessen herauszuarbeiten. Der ganze Bauablauf muss als Einheit – nicht aufgeteilt in höherwertiges Projektieren und untergeordnetes Realisieren – angesehen und verstanden werden. Daraus muss ein gemeinsames Verständnis und das Gefühl entstehen, als *Glieder einer Bauwirtschaft* aufeinander angewiesen zu sein.

2. Wir müssen die *Verflechtung* der Bauwirtschaft mit der ganzen Binnenwirtschaft deutlich machen, müssen auf die volkswirtschaftlichen Nachteile brachliegender Investitionen, ihre Auswirkungen nicht nur auf Arbeitsmarkt und soziales Klima, sondern auch auf weitere Bereiche bis zu den Staatseinnahmen, aufmerksam machen.
Wir müssen uns gemeinsam engagieren und die Wege der Demokratie ausnützen.

3. Wir müssen dafür kämpfen, dass trotz der Politik der leeren Kassen ein gewisses *Investitionsprogramm* aufrechterhalten wird, dass die Mittel dazu beschafft werden können. Der öffentliche Bau hat einen Drittel und mehr der gesamten Bauaufwendungen beansprucht. Wenn er zu rasch und zu stark gedrosselt wird, so wird damit das ganze Wirtschaftsgeschehen unnötig, aber sehr nachteilig betroffen. Es darf nicht soweit kommen, dass Arbeitsbeschaffungsprogramme nötig werden. Sie wären um ein Vielfaches teurer als das Durchhalten zweckmässiger Investitionen, die erst noch eine bessere Gesamtwirkung haben.

4. Wir «Techniker» müssen vermehrt *Entscheidungen* mitgestalten. Wir müssen uns mit den *Gesamtaspekten* einer Aufgabe, eines Problems befassen und uns nicht erst für die technische Lösung eines vielleicht falsch analysierten Problems oder einer falsch gestellten Aufgabe einsetzen lassen. Wir müssen lernen, juristisch und politisch zu sehen und zu verstehen, aber auch Juristen und Politiker veranlassen, die technischen Aspekte und Notwendigkeiten ernsthaft zur Kenntnis zu nehmen. Heute wird sich nicht mehr die Aufgabe stellen, eine vierspurige Strasse von A nach B zu erstellen, sondern dafür zu sorgen, dass für einen bestimmten Kostenbetrag der Strassenverkehr möglichst zweckmässig, umweltfreundlich über die Strecke zwischen A und B gebracht werden kann. Heute ist nämlich meistens der verfügbare Betrag durch das Budget gegeben, und es sollte unsere Aufgabe sein, diese Mittel optimal zu verwenden. In diesem Sinne müssen auch unsere *Ausbildungsprogramme* bzw. Nachdiplomkurse an HTL und ETH überdacht werden.

5. Wir müssen uns anstrengen, um mit *weniger* Geldmitteln noch *mehr* liefern zu können. Nur so können wir den Bauwilligen und den Steuerzahler veranlassen überhaupt etwas zu bauen, sein Geld für ein Bauvorhaben zur Verfügung zu stellen. Dazu gehört die Verbesserung des ganzen Arbeitsablaufes von der Bauabsicht bis zur Inbetriebnahme, damit die Voraussetzungen für eine rationelle, möglichst industrialisierte Ausführung noch mehr verbessert werden. Nachdem die Baubeschlüsse diese zwangsläufige *Umstellung* verhindert haben, sollten wir sie heute freiwillig oder im Kampf ums Überleben vollziehen.

Die Bauwirtschaft ist in einer unerfreulichen Situation. Nur wenn wir zusammenstehen, finden unsere Anliegen Anerkennung. Wir sollten die wirtschaftliche Bedrohung nützen, um die Bauwirtschaft zu einer gewissen Einheit zu bringen, die mit dem nötigen Gewicht respektiert werden muss.

Adresse des Verfassers: Ständerat *Werner Jauslin*, dipl. Bauing. ETH, Gruner, Jauslin, Stebler Ingenieure AG, Gartenstrasse 15, 4132 Muttenz.

* *
*

Die weiteren Referate, die an der SIA-Tagung in Engelberg gehalten werden

Dr. *P. G. Rogge:* Möglichkeiten und Grenzen der wirtschaftlichen Entwicklung in der Schweiz.

Prof. Dr. *H. Würgler:* Konjunktur der Bauwirtschaft.

H. Hauser: Entwicklung des Baumarktes – Struktur der Bauwirtschaft.

Dr. *E. Schaad:* Kapazitätsentwicklung in der Bauwirtschaft.

V. Losinger: Aktuelle Probleme der Unternehmensführung.

Dr. *H. Mast:* Geld- und kreditpolitische Probleme der Baufinanzierung.

Podiumsgespräch, Leitung *A. Grüninger:* Wie kann die Bauwirtschaft der neuen Situation begegnen?

Die «Schweizerische Bauzeitung» wird auf die Tagung zurückzukommen.